

An die
Oberbürgermeisterin
der Stadt Bielefeld
Frau Angelika Dopheide
– im Hause –

27. Mai 1999

Ratssitzung am 27.05.1999
Top 7: Neuer Schub für die innerstädtische Entwicklung Bielefelds

Sehr geehrte Frau Dopheide,

zur heutigen Sitzung des Rates beantragen wir folgenden Beschluß zu fassen:

- 1. Die Planungen für den Neubau der B66n für das Stadtgebiet Bielefeld sind einzustellen. Bei den zuständigen Stellen ist zu beantragen, daß der Streckenabschnitt der B66n aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen wird.**
- 2. Es ist ein Konzept für die freigehaltenen Flächen der B66n zu entwickeln, welches eine Wohn- und Gewerbenutzung sowie ggf. eine Eingliederung von Teilflächen in das Bielefelder Grünsystem vorsieht. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend anzupassen.**

Begründung:

Die Entwicklung von Brachflächen und die Bebauung von Baulücken sind prioritäre Ziele der Stadtentwicklung. Dadurch wird der Flächenverbrauch reduziert und die vorhandene Infrastruktur besser genutzt. Auch die Stadt Bielefeld hat in den letzten Jahren mit der Überplanung von ehemaligen Industrie- und Gewerbeflächen sowie Kasernen neue und wichtige innerstädtische Flächen aktiviert.

Ein Hemmnis für die weitere Stadtentwicklung in Bielefeld stellen die überdimensionierten Straßenplanungen dar, die Anfang der 80iger Jahre Eingang in den noch heute gültigen FNP gefunden haben. Die dort festgelegten Trassen müssen frei gehalten werden; sie blockieren darum weitere Entwicklungen in diesem Gebiet. Einige der geplanten Straßen sind bereits aufgegeben worden (z.B. Nordast des OWD,

Grünzugstr., Verlängerung der Schloßhofstr.). Dadurch konnte die Erweiterung von Betrieben durch Neubauten ermöglicht und zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau gewonnen werden.

Weitere wertvolle Flächen, die bis jetzt durch Straßenplanungen blockiert werden, befinden sich auf der Trasse der geplanten B66n. Diese Flächen bieten die einmalige Chance, einen neuen An Schub für die Entwicklung weiterer innerstädtischer Industrie- und Gewerbeflächen sowie für den Wohnungsbau zu geben. Viele Flächen der B66n-Trasse befinden sich bereits im städtischen Besitz; sie können relativ schnell überplant und einer Nutzung zugeführt werden.

Gegen die Aufgabe der veralteten Planungen steht die vermeintliche Entlastungswirkung der B66n. Sie ist laut Gutachten gering (Detmolder Str. nur bis 20%). Im besten Fall wird – wie bei anderen neuen Straßen auch – eine Umverteilung des Verkehrs erreicht und andere Stadtteile mehr belastet.

Die Kosten wären wegen aufwendiger Tunnel und/oder Überführungen immens. Ein eventueller Baubeginn ist wegen anderer, wichtigerer nationaler Projekte nicht absehbar.

Eine Aufgabe der Planungen hätte darüber hinaus zur Folge, daß dadurch gebundene Planungskapazitäten für andere Vorhaben zur Verfügung stünden.

gez. Rainer Hahn

f.d.R. Inga Jesinghaus, Fraktionsgeschäftsführung